

**Statement von Bischof Dr. Stephan Ackermann, Bischof von Trier und  
Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax**

**zum Treffen der G-20-Finanzminister in St. Andrews am 7./8. November  
2009 und der Petition zur Finanztransaktionssteuer**

Am kommenden Wochenende werden sich im schottischen St. Andrews die Finanzminister der G-20-Staaten treffen. Aus diesem Anlass möchte ich auf die Anliegen der Kampagne „Steuer gegen Armut: Die Finanztransaktionssteuer“ aufmerksam machen, die auch von namhaften katholischen Hilfswerken wie Adveniat, Misereor, Missio sowie von Verbänden der katholischen Kirche getragen wird. Auch die Deutsche Kommission Justitia et Pax unterstützt diese Kampagne.

Aufgrund unserer Kontakte zu den Ortskirchen in den Entwicklungsländern wissen wir darum, dass die Weltfinanzkrise, die Weltwirtschaftskrise und die Weltnahrungsmittelkrise alarmierende Auswirkungen auf die Entwicklungsländer und die dort lebenden Menschen haben. Ihnen brechen wichtige Einnahmequellenweg weg, etwa beim Rohstoffexport, im Tourismus oder den Rücküberweisungen der Migranten. Viele verlieren ihre Arbeitsplätze und selbst in der informellen Wirtschaft schrumpfen die Einkommen aufgrund fallender Rohstoffpreise, z. B. bei den Müllsammlern in den großen Städten. Die Kosten für den zusätzlichen Schuldendienst und den Nahrungsmittelzukauf steigen vielerorts deutlich an. Im Gegensatz zu den reichen Staaten stehen den armen Ländern aber keine Steuermilliarden zur Verfügung, um die Folgen für ihre Bevölkerung auszugleichen.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax unterstützt die Kampagne „Steuer gegen Armut: Die Finanztransaktionssteuer“ ausdrücklich. Wir stehen in einer weltkirchlichen Verantwortung und sehen in dieser Kampagne eine Möglichkeit, die Mahnungen von Papst Benedikt XVI. in seiner Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ aufzugreifen und zu konkretisieren.

Die Finanztransaktionssteuer ist aus zwei Gründen ein geeignetes Mittel, um auf die verschiedenen Krisen zu reagieren: Die Steuer macht vor allem kurzfristige Spekulationen weniger attraktiv, die eine wichtige Ursache der Krisen war. Zudem generiert die Finanztransaktionssteuer langfristig und zuverlässig mehrere Milliarden

Dollar, die dafür verwendet werden können, die Millenniumsentwicklungsziele zu verwirklichen und Armut nachhaltig zu bekämpfen.

Nach Medienberichten hat Frau Bundeskanzlerin Merkel beim EU-Gipfel in Brüssel am 30. Oktober 2009 zusammen mit Präsident Sarkozy und Premierminister Brown einen österreichischen Vorstoß zu einer Finanztransaktionssteuer unterstützt. Wenige Tage zuvor hat Bundespräsident Köhler in seiner Ansprache an das neue Bundeskabinett gesagt: „Ich halte es [...] für richtig, wenn sich Deutschland mit Nachdruck für eine Abgabe auf internationale Finanztransaktionen einsetzt.“ Dafür möchte ich Bundespräsident Köhler und Frau Merkel danken. Vor diesem Hintergrund bitte ich den neuen Bundesfinanzminister Schäuble, sich auch auf dem G-20-Gipfel in St. Andrews für eine weltweite Einführung einer solchen Steuer zu verwenden.

*Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:*

Deutsche Kommission Justitia et Pax

Geschäftsstelle

Kaiserstr. 161

53113 Bonn

Tel.: 0228 / 103-336/-217

Fax: 0228 / 103-318

E-Mail: [justitia-et-pax@dbk.de](mailto:justitia-et-pax@dbk.de)

Bonn, 6. November 2009